

## **Bundestagswahl 2017 – Forderungen des VPU e.V. an die Parteien**

Der Verband der Pflegedirektoren und -direktorinnen an den Universitätskliniken und medizinischen Hochschulen in Deutschland (VPU e.V.) setzt sich seit Langem für die langfristige Sicherstellung der Qualität der pflegerischen Versorgung an den Krankenhäusern ein. Der Managementverband hat dabei nicht nur die Pflege an den Universitätskliniken, sondern an den Krankenhäusern insgesamt im Blick.

In der aktuellen Legislaturperiode sind so viele Veränderungen für die Pflege in Deutschlands Krankenhäusern auf den Weg gebracht worden wie selten zuvor. Um auch in Zukunft eine verlässliche, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung leisten zu können, sind jedoch weitere Weichenstellungen erforderlich.

Der VPU ist jederzeit bereit, gemeinsam mit den politischen Entscheidern und weiteren Partnern aus dem Gesundheitswesen an Lösungen zu arbeiten, die sowohl nachhaltig wirksam als auch finanzierbar sind.

### **I. Verbesserung der Rahmenbedingungen**

#### **a. Bedarfsorientierte Personalausstattung**

Der VPU fordert die verbindliche Regelung der Personalausstattung in der Pflege im Krankenhaus einschließlich wirksamer Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen.

Rechtliche Vorgaben für die Personalausstattung in der Krankenpflege sind international etabliert. In Deutschland jedoch ist die so genannte Nurse-to-Patient-Ratio häufig schlechter als in vielen anderen Industrieländern. Die Einführung einer gesetzlichen und damit verbindlichen Regelungsgrundlage ist eine zentrale Voraussetzung, um die bestehende Arbeitsüberlastung und Qualitätsmängel zu beheben oder zumindest auf ein vertretbares Maß zu reduzieren.

#### **b. Nachweispflicht für Mittelverwendung**

Die Verwendung der Mittel des Pflegezuschlags durch die Krankenhäuser – ab 2019 einschließlich der zusätzlichen Mittel aus dem Pflegestellen-Förderprogramm – muss an eine verbindliche Nachweispflicht sowie wirksame Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gekoppelt werden.

Eine solche Regelung ist unverzichtbar, um nachvollziehen zu können, ob die zur Verfügung stehenden Mittel tatsächlich für die Personalausstattung in der Pflege eingesetzt werden. Sie macht transparent, in welchem Ausmaß ein Krankenhaus gegen die Zweckbindung verstoßen hat und ermöglicht eine verhältnismäßige Sanktionierung der Verstöße.

### **II. Attraktivität der Pflegeberufe nachhaltig steigern**

#### **a. Verabschiedung des Pflegeberufegesetzes**

Der VPU fordert die zeitnahe Verabschiedung eines Pflegeberufegesetzes, das geeignet ist, eine hochqualitative pflegerische Versorgung in Deutschland langfristig sicher zu stellen und die Anerkennung der deutschen Pflegeausbildungen im europäischen Ausland gewährleistet.

Die Zusammenführung der drei Pflegeberufe zu einem generalistischen Beruf mit Schwerpunktbildung sowie die regelhafte Möglichkeit der akademischen Qualifizierung und Weiterbildung sind angesichts der Versorgungsrealität alternativlos.

#### **b. Akademisierung der Pflegeberufe**

Der VPU fordert den bedarfsorientierten Auf- und Ausbau der akademischen Ausbildungsgänge in den nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen sowie die Verstärkung der akademischen Ausbildungsmöglichkeiten in der Ergo- und Physiotherapie sowie im Hebammenwesen und der Logopädie. Es muss gewährleistet sein, dass eine differenzierte akademische Ausbildung in den Pflege- und Gesundheitsberufen in der Universitätsmedizin ebenso wie an Fachhochschulen stattfinden kann.

Diese Forderung schließt eine adäquate Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen durch Mittel für Forschung und Lehre für die Pflege- und Gesundheitsberufe an den Hochschulen und Universitäten ein.

### **III. Selbstbestimmung und -verwaltung**

#### **Errichtung von Pflegekammern auf Landes- und Bundesebene**

Der VPU fordert die systematische Errichtung von Pflegekammern in allen Bundesländern sowie die Etablierung einer Bundespflegekammer.

Die flächendeckende Errichtung von Pflegekammern bedeutet die überfällige Gleichstellung der Pflegeberufe mit anderen Heilberufen. Sie ist die Voraussetzung für die demokratisch legitimierte Selbstverwaltung aller beruflich Pflegenden sowie die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen auf Landes- und Bundesebene. Oberstes Ziel ist dabei die langfristige Sicherstellung einer sachgerechten, professionellen Pflege und damit einer hohen Versorgungsqualität für alle Bürgerinnen und Bürger.

#### **Über den VPU e.V.**

Der Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU) ist der Managementverband leitender Pflegefachkräfte an den deutschen Universitätskliniken. Die 34 im VPU organisierten Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren repräsentieren etwa 60.000 Pflegenden an deutschen Universitätskliniken. Ziel der Verbandsarbeit ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine qualitätsorientierte Pflege. Die Geschäftsstelle des VPU e.V. befindet sich in Berlin. Mehr unter: [www.vpu-online.de](http://www.vpu-online.de)

#### **Ihr Ansprechpartner beim VPU e.V.**

Torsten Rantzsch (Vorstandsvorsitzender)

Alt-Moabit 96

10559 Berlin

E-Mail: [info@vpu-online.de](mailto:info@vpu-online.de)